

Für eine antisexistische Organisationskultur in der LINKEN

Handlungsempfehlungen der AG beim Landesvorstand der LINKEN in Sachsen-Anhalt

I. Ansprüche einer feministischen und emanzipatorischen Partei

Wir wollen die Partei als einen Ort, an dem Menschen gleichberechtigt zusammenkommen. Dieser Anspruch galt bereits für die Frauen, die nach 1990 die PDS mit aufgebaut haben. Die konsequente Quotierung der Mandate und die paritätisch besetzten Parteigremien, die damals erkämpft wurden, sind heute selbstverständlich in der LINKEN. Die geschlechtergerechte Satzung prägt unsere Organisationskultur entscheidend. Mindestens die Hälfte unserer Abgeordneten sind Frauen. Gerade aus den Mandaten in Bundes- und Landtagen und den entsprechenden Fraktionen leiten sich wichtige Ressourcen ab – Frauen und Männer sind somit gleichermaßen Arbeitgeber:innen, politische Stichwortgeber:innen und wichtige Multiplikator:innen der Partei. Der Anspruch einer feministischen Partei zielt auf Veränderung. Denn wir reagieren damit auf eine Gesellschaft, die die Ungleichbehandlung der Geschlechter, Konkurrenzen sowie ökonomische und soziale Spaltungen fortschreibt. Aber auch die Quotierung allein kann nicht verhindern, dass Abhängigkeiten, Etabliertenvorrechte und Hierarchien entstehen.

Wir wollen hingegen Selbstermächtigung ermöglichen. DIE LINKE ist die politische Interessenvertretung der Lohnabhängigen und derer, die wenig Lobby haben. Wir wollen, dass sich noch mehr Frauen, nicht nur Akademiker:innen und mehr Menschen aus Minderheiten einbringen. Dafür brauchen wir eine Organisationskultur, die dafür offen ist und diskriminierungsfrei. Mit einer sich verändernden und jünger werdenden Mitgliedschaft werden heute Erwartungen an die Parteilarbeit neu formuliert. Wir wollen so zusammenarbeiten, dass Menschen ungeachtet ihres Geschlechts und unabhängig von der Dauer ihrer Parteizugehörigkeit Einfluss auf die Partei ausüben und diese prägen können.

Dazu gehört das Aufbrechen teils unbewusster Verhaltensmuster und Prägungen, die auch wir in DIE LINKE hineinragen. Die Zugänge zu Partei und Politik bleiben unterschiedliche: Die Kandidaturen auf allen Ebenen zeigen, dass nach wie vor mehr Männer als Frauen in öffentliche Ämter drängen. Auch der (immer noch hohe) Anteil von Frauen in der Mitgliedschaft in den Ostverbänden sinkt (kontinuierlich). Im Vergleich zu den Westverbänden gibt es in unserem Landesverband kaum migrantische Mitglieder. Queere

und trans Personen sind zwar seit Langem Mitglieder bei uns. Dennoch sind sie oft den gleichen sexistischen Bemerkungen ausgesetzt wie außerhalb der LINKEN. Auch die Kontroversen um geschlechtersensible und diskriminierungsfreie Sprache reichen bis in unsere Partei. Jahrhundertlang spiegelte der Sprachgebrauch die Vormachtstellung von Männern und patriarchalen Strukturen wieder. Wir ändern dies. Kennlich wird dabei auch das Zusammenwirken von Macht- und Ausbeutungsstrukturen, das Ineinandergreifen von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die Verzahnung von Erwerbs- und Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Armut, Niedriglohn und Carearbeit haben immer noch ein weibliches Gesicht.

DIE LINKE stellt sich diesen Debatten, weil sie die Welt dort ändern möchte, wo sie Menschen klein macht, demütigt und in Abhängigkeiten hält. DIE LINKE vertritt einen breiten Katalog emanzipatorischer Forderungen und Konzepte. Dass Menschen sich nicht mehr verstecken müssen, gehört zweifelsohne zum Profil einer Partei, die eine bessere Gesellschaft der Gleichen und Freien anstrebt. Frauen-, Trans- und Behindertenfeindlichkeit gehören zu einem Gesellschaftsbildes, dass die Gleichwertigkeit jedes Menschen bestreitet. Frauenhass ist verbunden mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit. Gerade Frauen und trans Personen in der Politik sind als öffentliche Personen Hass und Hetze im Netz ausgesetzt, werden gestalkt oder besonders unflätig kritisiert. Während immer mehr Frauen weltweit in Verantwortung und höchste öffentliche Positionen kommen, verstärken Konservative und Orthodoxe den Kampf gegen die Frauen und das Selbstbestimmungsrecht über Körper, Leben und Mutterschaft. Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit sind auch heute täglich zu erkämpfen.

Sexismus ist kein neues Problem. Neu sind allerdings ein wachsendes Problembewusstsein und die breite öffentliche Thematisierung. Immer mehr Menschen sind nicht mehr bereit, rassistische, misogyne und transfeindliche Diskriminierungen hinzunehmen, zu beschweigen oder einsam mit sich auszumachen. Jetzt müssen wirksame Veränderungen im Mittelpunkt stehen, damit die Taten endlich aufhören. Täter sollen zur Rede gestellt werden, damit sich nicht immer wieder die Opfer erklären müssen.

Sexismus bedeutet, eine Person auf Grund ihres Geschlechts zurückzusetzen, zu benachteiligen oder zu unterdrücken. Sexistisches Verhalten ist eine Machttechnik, die zumeist Männer gegen Frauen anwenden. Die Reduktion auf Äußerlichkeiten, die Zuweisung bestimmter Eigenschaften, das Übergehen und Unsichtbarmachen von Frauen sichert Männern Bedeutung und Machtpositionen. Sexistisches Verhalten ist vielfach möglich, durch Gesten und aufdringliche Blicke, unerwünschte Komplimente, durch Berührungen und Anspielungen. Sexismus verletzt die Würde und Freiheit von Menschen. Sexuelle Belästigung und Gewalt sind besonders schwerwiegendes Verhalten. In der Vergangenheit gab es zu wenig Verständigung darüber, wie innerhalb der Partei damit umzugehen sei. Sowohl Betroffene sexueller Belästigung als auch Funktionsträgerinnen der LINKEN, die sich dazu verhalten wollten, wurden damit allein gelassen. Insofern brauchen wir auch in der LINKEN einen kritischen und präventiven Umgang mit Sexismus. Die Vorwürfe, die erst mit der medialen Debatte um #linkemetoo bekannt geworden sind, zeigen uns: Es gibt eben nicht

nur ein Problem mit unangemessenem Verhalten, sondern auch einen blinden Fleck im innerparteilichen Umgang mit Sexismus.

II. Hilfs- und Vertrauensstrukturen

Betroffene sexueller Diskriminierung sollten wissen, dass sie Ansprechpartner:innen in der LINKEN finden. Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit sind in einer Partei-Organisation immer zugleich Leitungs- und Querschnittsaufgabe. Jeder Vorstand, jede Sprecher:innenfunktion in Arbeitsgemeinschaft und Gremien trägt auch Verantwortung dafür, Hilfe und Schutz für Betroffene zu bieten. Für die hauptamtlich Beschäftigten gelten zudem die gesetzlichen Bestimmungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Daraus leiten sich sowohl Rechte und Pflichten der Partei als Arbeitgeberin ab als auch Erwartungen an das Verhalten von Arbeitnehmer:innen.

Sexistisches Verhalten hat eine sowohl individuelle als auch kollektive Dimensionen. Wir stärken unsere Organisationskultur, indem wir sexistische Anmache und Kommentare frühzeitig zurückweisen oder Barrieren problematisieren, die Genoss:innen an der Mitarbeit hindern. Wir wollen Menschen einen Schutzraum bieten und sexualisierte Gewalt verhindern. Um präventiv zu wirken, brauchen wir Verständnis bei der Basis und den Gliederungen der Partei, Standards des Umgangs in der Mitgliedschaft, klare Ansprache der Partei-Spitzen.

Vertrauenspersonen

Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein Schritt, Betroffenen solidarisch und parteilich zur Seite zu stehen. In den Gesprächen definieren die Betroffenen, was ihnen geschehen ist und entscheiden über die nächsten Schritte. Die Ansprechpartner:innen sind wichtig, um Strukturen zu etablieren, an die sich Betroffene sexualisierter Übergriffe wenden können und die auch über externe Beratungsangebote vermitteln können. Sie spiegeln ihre Erfahrungen wiederum auch an die Vorstände zurück und geben ein Bild über die Verfasstheit der Parteistrukturen.

Durch den Einsatz einer Vertrauensperson wird ein Signal in unterschiedliche Richtungen gegeben. Zum einen für die Betroffenen, dass in der LINKEN Strukturen vorhanden sind an die sie sich wenden können, eine Sensibilität für Sexismus herrscht und es in Ordnung ist diesen anzusprechen. Das Signal geht aber auch in die Partei und hinein und zeigt an, dass Sexismus nicht toleriert oder verschwiegen wird. So kann eine Aufmerksamkeit für Sexismus und eine frühzeitige Ansprache zur Parteikultur werden, die insgesamt weniger Sexismus zulässt und dadurch für viele Menschen einladender und sicherer wird.

Die Vertrauenspersonen sind erste Ansprechpersonen, die zuhören und weitervermitteln. Sie sind ehrenamtlich tätig und nicht speziell für die Begleitung von Betroffenen von Sexismus

oder sexualisierter Gewalt ausgebildet. Ihre Aufgabe ist es also eine erste Anlaufstelle zu sein, die über Vermittlungskompetenz verfügt. Dafür wird die jeweilige Vertrauensperson nach ihrer Wahl fortgebildet. Sofern die Betroffenen es zulassen, ist die Vertrauensperson dafür zuständig innerparteilich anonymisiert einen jährlichen Bericht zu erstatten. Dadurch wächst die innerparteiliche Aufmerksamkeit für Sexismus, so dass die Duldung sexistischer Äußerungen sinkt.

Die Vertrauenspersonen brauchen ihrerseits selbst Schutz vor Überlastung und professionalisierte Hilfs- und Bildungsangebote. Sie sind weder Ersatz für Strafverfolgung oder juristische Berater:innen für Strafanzeigen. Aufarbeitung bleibt ein gemeinsamer Prozess, der in den Kreisverbänden oder anderen zuständigen Gliederungen erfolgen muss. Die Verantwortlichen der Parteigliederungen müssen, wenn es die Betroffenen wünschen, dass Gespräch mit den Beschuldigten suchen und entscheiden, ob und wie eine Zusammenarbeit weiter möglich ist. Dies alles bedarf einer hohen Vertraulichkeit und Sensibilität. Hier gibt es wenig eingeübte Praxis, auch über Zuständigkeiten herrscht Unklarheit. Hier sollten die Erfahrungen der Bundespartei, der Frauenstrukturen und der Landesverbände in den nächsten Monaten zusammengeführt werden.

Beschwerdestelle bei der Vertrauensperson

In einem ersten Schritt kooperierten wir mit dem sächsischen Landesverband und der dortigen **Vertrauensperson**. Wir danken **Uta Gensichen** sehr herzlich für ihre Beratung und die wichtigen Hinweise für den eigenen Prozess in unserem Landesverband.

Beschwerden über grenzverletzendes Verhalten können ebenso an die Vertrauensgruppe und an die Expert:innengruppe auf der Bundesebene gerichtet werden. Diese Beschwerden werden vertraulich und anonym behandelt und können je nach Bedarf einen offiziellen oder einen informellen Charakter haben. Aus einem informellen Beschwerdeverfahren kann im Einverständnis mit der betroffenen Person oder ihrer Vertretung nach der Erstberatung in ein offizielles Beschwerdeverfahren übergeleitet werden. Eine Beschwerde mit informellem Charakter (informelles Verfahren) dient zunächst der Beratung und Unterstützung von Betroffenen und Beschuldigten. Es erfolgen beim Erstkontakt eine Aufklärung über mögliche weitere Verfahrensschritte und Hinweise über weitere fachliche Anlaufstellen und externe Hilfsangebote.

Für die Eröffnung eines informellen Verfahrens genügt eine mündliche Darlegung des Sachverhalts gegenüber der Vertrauensperson durch die beschwerdeführende Person. Verfahrensschritte können u.a. sein, die Begleitung zu weiteren informellen Gesprächen, eine Empfehlung einer professionellen Mediation durch eine dritte, neutrale Person, eine Kontaktempfehlung zu einer psychosozialen Beratungsstelle bis hin zur Einleitung einer offiziellen Beschwerde. Ein Beschwerdeverfahren mit offiziellem Charakter (offizielles Verfahren) dient der Information zur Prüfung der Vorwürfe und ggf. Einleitung weiterer Maßnahmen gegen Beschuldigte (bei Angestellten der Partei bei der Landesgeschäftsstelle

als dienstrechtlich verantwortlicher Stelle sowie bei ehrenamtlichen Personen, aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern der Partei und Personen im Parteiumfeld der LINKEN beim Landesvorstand als parteipolitischem Führungsgremium). Ein offizielles Verfahren kann durch die beschwerdeführende Person oder in Vertretung durch Dritte ohne vorheriges informelles Verfahren eingeleitet werden. Dazu genügt eine entsprechende Anzeige sowohl gegenüber der Vertrauensperson als auch beim Landesvorstand bzw. der Landesgeschäftsstelle. In einem offiziellen Verfahren muss eine schriftliche Sachverhaltsdarstellung erfolgen. Dabei kann die Vertrauensperson Hilfestellung leisten. Die Vertrauensperson stellt im Verfahren sicher, dass allen Beteiligten die ausreichende Möglichkeit eingeräumt wird, sich zum Sachverhalt zu erklären. Der Grundsatz ausgehend vom Schutz der Betroffenen und Wahrung der Betroffenenrechte bleibt dabei oberste Priorität.

Schulungen

Der Bundesparteitag in Erfurt hat nach einer entsprechenden Schwerpunktdebatte am 27. Juni 2022 den Beschluss gefasst: „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE!“. Die darin enthaltenen Empfehlungen für die Länder wollen wir umsetzen. Schulungen zur Sensibilisierung gegen Sexismus und zur Beratung Betroffener werden für den Landesverband angeboten.

III. Erreichbarkeit / Bundesstruktur

Die **Expertinnenkommission** ist (auf Wunsch auch anonym) erreichbar unter: kommisionlinke@posteo.de

Wir freuen uns, dass wir mit **Christina Clemm** (Rechtsanwältin) und **Dorothea Zimmermann** (approbierte Psychotherapeutin, Fachberatungsstelle, Wildwasser e.V.) zwei in der Arbeit mit sexualisierter Gewalt erfahrene Personen als externe und unabhängige Expertinnen gewinnen konnten. Beide sind zu Verschwiegenheit verpflichtet, sind politisch unabhängig und nicht an Weisungen von Gremien oder Amtsinhaber*innen der Partei gebunden. Sie werden Personen, die im Zusammenhang mit der Parteiarbeit von sexualisierten Übergriffen betroffen sind, anhören und ggf. weitere Auskünfte einholen. Sie werden die Betroffenen auf weitere Unterstützungsmöglichkeiten hinweisen, in Absprache mit ihnen die Partei (auf Wunsch anonymisiert) informieren und Handlungsempfehlungen aussprechen.

Die **Vertrauensgruppe** ist erreichbar unter: vertrauensgruppe@die-linke.de

Wir sind fest entschlossen, Sexismus, Grenzverletzungen und sexualisierte Gewalt in und bei unserer Partei zu bekämpfen.